

CORONA 01. April 2020, 14:30 Uhr

Herr Beschorner, will die Schweiz ernsthaft ihre Bürger kontrolliert infizieren?

Thomas Beschorner ist Professor für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen. Im Interview erklärt er, warum Schweizer Ökonomen wie Thomas Straubhaar und Reiner Eichenberger mit heftigen Vorschlägen eine öffentliche Debatte auslösen. Und weshalb kontrollierte Infektionen mit dem Corona-Virus unausweichlich sein könnten.



Lugano in der Schweiz: Wegen der Infektionsschutzmaßnahmen sind Plätze wie die Piazza Riforma im Zentrum der Stadt menschenleer. | Bild: Anthony Anex

VON MIRJAM MOLL

Herr Beschorner, warum wird in der Schweiz gerade von gestandenen Ökonomen eine kontrollierte Infektion der Bevölkerung mit dem **Corona-Virus** vorgeschlagen?

Da gibt es zwei Interpretationen. Zum einen, dass es Zweifel gibt, dass die aktuellen Maßnahmen greifen werden, beziehungsweise, dass sie von Dauer sind. Vielmehr gehen diese Ökonomen davon aus, dass es die Menschen bald wieder in das soziale Leben und in die Öffentlichkeit ziehen wird und dann eine unkontrollierte „Durchseuchung“ folgt. Es ist wahrscheinlich, dass bei einer Lockerung der Maßnahmen die Zahlen der infizierten Menschen wieder steigen werden. Daraus ist

der Vorschlag einer kontrollierten Infizierung entstanden. Die andere Perspektive ist die, dass es vielleicht kein Zufall ist, dass Ökonomen solche Vorschläge machen vorbringen: Sie wollen natürlich, dass die Wirtschaft möglichst schnell wieder zum Laufen kommt.

Gibt es überhaupt einen Weg, wie sich das rechtlich umsetzen ließe?

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bin kein Jurist, ich bin Ethiker. Eine Sache steht aber fest: Eine kontrollierte Infizierung könnte nicht staatlich verordnet werden. Dass man sagt, alle Bürger mit dem Nachnamen von A-G gehen nächste Woche mal zum Arzt, lassen sich infizieren und gehen dann geordnet in Quarantäne, nächste Woche dann die nächste Gruppe im Alphabet. Eine aktive Infizierung wäre eine individuelle Entscheidung.

Warum nicht?

Es gibt das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Selbst eine kontrollierte Infektion ist gefährlich. Das muss man den Menschen klarmachen. Man setzt damit sein Leben aufs Spiel. Die Wahrscheinlichkeit ist geringer als beim Russischen Roulette mit einem Revolver und einer Kugel. Aber sie ist gegeben und man weiß inzwischen auch, dass auch jüngere Menschen gefährdet sein können, wenn auch weniger als Ältere und Vorerkrankte.

Wie wäre eine solche Virusinfektion dann umsetzbar?

Zunächst bedürfte es der Zustimmung jedes einzelnen. Dann lassen sie sich einschließen, haben hoffentlich einen milden Krankheitsverlauf, genesen und sind dann immun. Das Leben kann dann wieder normal stattfinden, das ist die einfache Idee, derjenigen, die das vorschlagen.

Welche Risiken gingen mit einem solch drastischen Eingriff in die Grundrechte einher?

In Grundrechte greift der Staat in der jetzigen Situation massiv ein. Wir hätten uns vor ein paar Monaten nicht ausmalen können, wie sehr: Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit, der Persönlichkeitsrechte: wenn die Telekom dem Robert-Koch-Institut Benutzerdaten zukommen lässt. Das sind enorme Eingriffe in die Grundrechte, die zeitlich begrenzt auf eine gewisse Berechtigung haben können. Aber spätestens beim Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit hört es auf, denn wenn es nicht so läuft wie vorgesehen, dann ist dies nicht rückgängig zu machen.

Das könnte Sie auch interessieren



MEINUNG

*Sollten wir deutsche Intensivbetten mit coronakranken Italienern belegen?
Ja!*

Wie realistisch ist das, dass es ausprobiert wird?

Es kann gut sein, dass wir es in Europa nicht machen müssen. Aber in anderen Teilen der Welt muss man sich schon fragen, ob die Maßnahmen, die wir jetzt bei uns erproben überhaupt funktionieren können. In verschiedenen Ländern Südamerikas, in Teilen Afrikas, gibt es teilweise nicht einmal grundlegende Hygienestandards. Da können sie den Menschen nicht ohne Weiteres sagen, wascht euch immer schön die Hände. Hinzu kommt: Die Menschen leben oft auf engem Raum miteinander. Da kann es sein, dass sich das Virus viel schneller verbreitet. Wenn sich die Zahlen weltweit so steigern wie bisher, dann sind wir bald im Millionenbereich. Manche Länder werden möglicherweise vor keiner anderen Option stehen, als so etwas wie kontrollierte Infektionen zu vollziehen.



Eine mehrspurige Straße in Bern während der Ausgangsbeschränkungen aufgrund der Coronavirus-Pandemie. Von einer kontrollierten Massen-Infektion hält der Wirtschaftsethiker Thomas Beschorner von der Universität St. Gallen in der Schweiz nichts. | Bild: Anthony Anex, dpa

Welche Voraussetzungen müssten dafür gegeben sein?

Dazu müssten viele Fragen eindeutig geklärt sein: Sind die Menschen wirklich immun, wenn sie die Krankheit hinter sich haben? Die Risikogruppen müssen

definiert sein. Eine solche Maßnahme ergibt ja nur Sinn, wenn die Mortalitätsrate geringer ist. Liegt sie bei einem Prozent oder bei fünf Prozent? Das müssten Virologen herausfinden. Solche und weitere Informationen sind wichtig, denn nur dann können Menschen auch darüber entscheiden.

Welche Auswirkungen hätte eine freiwillige kontrollierte Infektion der Bevölkerung, an der ja ohnehin nicht alle teilnehmen würden?

Die Menschen, die sich für eine Infektion entscheiden, werden eher diejenigen sein, die finanziell auf ihren Beruf angewiesen sind. Sie und ich, wir könnten auch über Wochen und Monate vom Homeoffice unseren Job machen, Sie führen Interviews am Telefon, ich halte meine Vorlesungen online. Wir sind sehr privilegiert. Der Kioskbesitzer kann das nicht. Eine solche Maßnahme wäre ein Spiegel der Gesellschaft: wir leben in einer Klassengesellschaft, die stark ökonomisch strukturiert. Wenn Fragen wie jene hineinspielen, das Leben aufs Spiel zu setzen, weil es ökonomisch zwingend ist, dann wird es ethisch problematisch.

Und was bringt ein solches Vorgehen, wenn Nachbarländer anders vorgehen? Das Virus kennt, wie wir wissen, keine Grenzen...

Damit müsste natürlich einhergehen, dass man erstmal die Grenzen schließt, was ja ohnehin schon der Fall ist. Mit der Maßnahme könnte man das nur schrittweise aufheben, aber zumindest innerhalb eines Landes die Freizügigkeit wieder gewähren. Zu bedenken ist aber, dass ja die Immunität mit der Zeit steigt. Aber im Idealfall müsste man das zumindest EU-weit koordinieren oder bestimmte Ländergruppen, damit es weiterführt.

Was hätte die Wirtschaft davon?

Es gibt Analysen, die besagen, dass etwa 35 Milliarden Euro in Deutschland verloren gehen – und zwar pro Woche. Da ist viel Geld und wir alle werden die ökonomischen Einschnitte schmerzlich spüren. Ich denke zugleich, dass wir in den deutschsprachigen Ländern diese Krise vergleichsweise gut meistern werden. Im Gegensatz zu USA beispielsweise, wo das Gesundheitssystem marode ist, oder Italien, mit einer hohen Staatsverschuldung. Wir haben in Deutschland, Österreich und der Schweiz stabile Staatshaushalte, ausgesprochen gute Sozialversicherungssysteme, allen voran die nützliche Form der Kurzarbeit und dem einhergehenden Kurzarbeitergeld. In den USA haben sich in einer Woche drei Millionen Menschen arbeitslos gemeldet, „hire and fire“ eben, im Moment eben „fire“ ohne wirkliche soziale Absicherungen. Es wird – und das muss uns nicht unbedingt beruhigen – andere Länder in viel härterer Art und Weise treffen, als uns.

Worauf wollen Sie hinaus?

Wir müssen uns auch klarmachen, dass die Wirtschaft erst seit einer guten Woche stillsteht. Natürlich bewegen sich die Füße der Interessengruppen, mit Vorstößen, dass schnell wieder Bewegung in die lahmgelegte Wirtschaft kommen muss. Nur, mit Verlaub: Wir stehen ja nicht vor einer Hungersnot. Ich will die Situation damit nicht runterspielen, dann vielen Menschen haben aus guten Gründen Existenzängste. Ich plädiere schlicht für ein Tick mehr Augenmaß bei der Bewertung der ökonomischen Situation, besonders dann, wenn gefragt wird, ob es nicht gerechtfertigt wäre, man Menschen notfalls zu opfern, um wirtschaftliche wieder starten zu können. Da finden sich in der Diskussion wirklich schräge Überlegungen.

Wie denken Sie darüber, dass es manchen gerade mehr ums Geld zu gehen scheint als um die Gesundheit der Menschen?

Diese Frage, Geld oder Leben, ist absurd: dass es zum Zweck der ökonomischen Wohlfahrt gerechtfertigt sein könnte, eine gewisse Anzahl von Menschen über die Klinge springen zu lassen. Das Vorschläge, die im Grunde implizit dafür plädiert, den Artikel 1 des Grundgesetzes zu streichen: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Wie lange sind denn die bisherigen Maßnahmen ethisch vertretbar?

Darauf gibt es keine Antwort keine Zahlen. Das müsste man die Menschen fragen, aber solche Fragen und Forschungen fehlen in der aktuellen Diskussion. Wir schauen sehr stark, auf medizinische Fragen. Und natürlich sind die Expertisen von Virologen von sehr wichtiger Bedeutung, aber wir sollten verschiedene Fragen nicht nur der Medizin überlassen. Es gibt eine Vielzahl von ethischen Problembereichen, die diskutiert werden sollten. Und auch die sozialwissenschaftliche, sicherlich auch die psychologische Forschung ist wichtig. So wäre es beispielsweise wichtig, herauszufinden, wie hoch die Bereitschaft ist, in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Auch über die Ängste der Menschen wissen wir bislang wenig. Das sind keine medizinischen Fragen, aber wichtige Fragen, wenn man über gesundheitspolitische Maßnahmen nachdenkt.

Wir klagen auf hohem Niveau, gleichzeitig sehen wir weg, wenn am Rande Europas Menschen in unwürdigen Bedingungen leben, in überfüllten Flüchtlingscamps. Wie kann das sein?

Da haben Sie sehr recht! Wir sind, wenn auch aus guten Gründen, sehr mit uns selbst beschäftigt. Viel dramatischer Situationen, die sich sehr deutlich abzeichnen, wie in den griechischen Flüchtlingslagern beispielsweise, kommen kaum in unseren Blick. Dort wo Menschen auf engstem Raum sind, das Lager nicht verlassen können, unter bestenfalls rudimentären hygienischen Bedingungen leben. Ein Infizierter reicht – in kurzer Zeit wäre ein ganzes Flüchtlingscamp infiziert. Das wäre eine humane Katastrophe.

Das könnte Sie auch interessieren



CORONA

Herr Knaus, wie lange kann Europa eine drohende Corona-Epidemie in Griechenlands Flüchtlingslagern noch ignorieren?

Wird Coronakrise Gesellschaft verändern?

Da bin ich mir sicher. Aber es kann in verschiedene Richtungen gehen. Werden wir zurückblicken und sagen, damals war uns das Geld wichtiger als manches Leben. Oder aber werden wir in unserer Gesellschaft durch die jetzige Krise ein höheres Maß an Solidarität entwickeln. Das ist etwas, was wir meines Erachtens aktuell durchaus in vielfältiger Weise beobachten können. Nebenbei bemerkt weiß man aus der Kulturgeschichte der Medizin, dass zu Seuchenzeiten die Solidarität der Menschen anstieg und auch positive Spuren in der Zeit daran gelassen haben.

Ihr optimistischstes Szenario?

Krisen können eine transformative Kraft haben, die Gesellschaft zum Besseren verändern. Das würde ich mir wünschen. Und womöglich fällt eine gesellschaftliche Solidarität auf fruchtbaren Boden, denn in den letzten Jahren hat sich mit der jungen Generation nach meiner Einschätzung eine recht starke und vitale Zivilgesellschaft formiert. Allen voran durch die Bewegung Fridays for Future, die die ältere Generation auffordert, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Vielleicht es ist fast schon ein Stück Ironie der Geschichte, dass die ältere Generation, die Risikogruppe, nun die Solidarität der Jungen einfordert, auch mit ihren Hintern zu Hause zu bleiben. Vielleicht machen wir ja was draus, aus dieser Krise.



Thomas Beschorner | Bild: Uni St. Gallen

Zur Person

Thomas Beschorner ist Professor für Wirtschaftsethik und Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen in der Schweiz. Er unterhält enge Beziehungen mit verschiedenen Universitäten in Montreal, Kanada, wo er sich derzeit auch gerade aufhält. Sein aktuelles Buch „In schwindelerregender Gesellschaft –

Gleichgewichtsstörungen der modernen Welt“ schreibt er über Fake News, die Abhängigkeiten der Gesellschaft von der Wirtschaft und unsere Werte.